

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen = International Cooperation in Criminal Matters

von

Prof. Wolfgang Schomburg, Prof. Dr. Otto Lagodny, Prof. Dr. Sabine Gleß, Dr. Thomas Hackner, Prof. Dr. Michael Bohlander, Dr. Jan Christoph Nemitz, Prof. Dr. Christian Rosbaud, Dr. Sebastian Trautmann

5., völlig neu bearbeitete Auflage

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen = International Cooperation in Criminal Matters – Schomburg / Lagodny / Gleß / et al.

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Strafverfahrensrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62659 3

beck-shop.de

Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner
Internationale Rechtshilfe in Strafsachen

beck-shop.de

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 47

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen

International Cooperation in Criminal Matters

Zusammengestellt und erläutert von

Wolfgang Schomburg

Rechtsanwalt in Berlin
Richter a. D. der UN-Strafgerichtshöfe für
Ex-Jugoslawien und Ruanda sowie des BGH
Honorarprofessor an der
Durham University (UK)

Dr. Sabine Gleß

Ordinaria für
Strafrecht und Strafprozessrecht
Universität Basel (CH)

Dr. Otto Lagodny

Universitätsprofessor für
österreichisches und ausländisches
Straf- und Strafverfahrensrecht
sowie Strafrechtsvergleichung
Universität Salzburg (A)

Dr. Thomas Hackner

Leitender Ministerialrat
im Niedersächsischen Justizministerium
Hannover

unter Mitarbeit von

Dr. Michael Bohlander

Professor an der
Durham University (UK)
Richter am Landgericht a. D.

Dr. Christian Rosbaud, LL.M.

Assistenzprofessor
für Strafrecht und Strafverfahrensrecht
Universität Salzburg (A)

Dr. Jan Christoph Nemitz

Legal Officer
Rechtsmittelkammer UN-Strafgerichtshof
für Ex-Jugoslawien, Den Haag (NL)

Dr. Sebastian Trautmann

Staatsanwalt
abgeordnet an das
Bundesministerium der Justiz, Berlin

5., völlig neu bearbeitete Auflage

Verlag C.H.Beck München 2012

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62659 3

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG,
Hooge Weg 100, 47623 Kevelaer

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur fünften Auflage

Die Materie der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen wächst geradezu exponentiell: Vor 30 Jahren wurde das IRG erstmals im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. 1983 wurde dieser Kommentar als IRG-Text mit Erläuterungen von *Sigmar Uhlig* und *Wolfgang Schomburg* begründet, ein schmales Bändchen mit 243 Seiten. Die zweite Auflage 1992, erstmalig mit *Otto Lagodny*, erschloss mit 844 Seiten auch das Rechtshilferecht des Europarates. Die dritte (1998, 1550 Seiten) und die vierte Auflage (2006, 2450 Seiten) waren geprägt von der rasanten Entwicklung der Kooperation in Strafsachen in der EG, im Schengen-Raum und in der EU. Die vertikale Rechtshilfe mit internationalen Gerichtshöfen kam hinzu.

Mit der vorliegenden 5. Auflage wird erstmals mit mehr als 3300 Seiten die Grenze des Machbaren für die nunmehr acht Autoren und auch für den Buchbinder („alles in einem Band“) getestet.

Das IRG wurde um über 60 Vorschriften erweitert. Ihm kommt jetzt nicht mehr nur die Funktion des „Basisgesetzes“ zu; es muss in seinem zweiten Part (derzeit Teile 8 bis 10) auch als nationale Transformationsplattform für vielförmige Rechtsakte der EU herhalten, die ihrerseits im stark durchforsteten Hauptteil III Raum finden.

Im globalisierten Kampf gegen die transnationale Kriminalität war es an der Zeit, auch den rechtshilferechtlichen Konventionen der Vereinten Nationen einen eigenen Hauptteil IV zu widmen.

Eine neue Schnellübersicht zur Struktur des Kommentars (dem Inhaltsverzeichnis vorangestellt), eine wesentlich neu gefasste Einleitung sowie Einführungen in alle Hauptteile und wichtige Sachthemen sollen die Arbeit mit der immer undurchdringlicheren Materie erleichtern.

Der Abdruck auch englischer Originaltexte und Übersetzungen wurde deutlich ausgeweitet, ist doch die englische Sprache zu der Kommunikationsbrücke im Rechtshilferecht geworden. Konsequenter wurde die Übersetzung des IRG dem neuesten Stand angepasst und dabei einer Gesamtrevision unterzogen.

Inhaltlich versuchen wir neue Akzente zu setzen und bestehende zu vertiefen. Dabei kehrt als Leitgedanke des Buches das Konzept eines einzigen international-arbeitsteiligen Strafverfahrens an vielen Stellen wieder (vgl. dazu: Einleitung RN 97 ff.). Dieser Leitgedanke des einen Strafverfahrens ist auch ein Gegengewicht zu den gerade im zwischenstaatlichen Bereich immer öfter zu beobachtenden Tendenzen zur wechselseitigen Verantwortungsverschiebung und zur Relativierung und Einebnung unverzichtbarer prozessualer Prinzipien und Grundsätze. Das gilt vor allem für immer noch durchscheinende Vorstellungen vom Individuum als reinem „Objekt“ im zwischenstaatlichen Abschnitt dieses einen Strafverfahrens. Nicht zuletzt deshalb wurde ein neuer Hauptteil (HT X) allein zur Bedeutung der Menschenrechte in diesem Kontext geschaffen. Die Praxis zeigt, dass eine vertiefte internationale Kooperation in Strafsachen immer öfter auf diese die zivilisierte Gemeinschaft verbindenden Mindeststandards eines fairen Strafverfahrens zurückgreifen muss. Diese Erfahrung internationaler Strafgerichtshöfe wird auch die zwischenstaatliche globalisierte Kooperation in Strafsachen beherrschen.

Gesetzestexte, Rechtsprechung und Literatur wurden durchgängig auf den Stand vom 1. September 2011 gebracht; die Vertragstabellen weitgehend auf den Ratifikationsstand zum 31. Dezember 2011.

Unser besonderer Dank gilt den Gastautoren dieser Auflage Frau Rechtsanwältin *Irene Suominen-Picht* (zukünftig EuGMR), den Herren Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof *Hans-Holger Herrnfeld* (Eurojust) und Oberstaatsanwalt *Christian Schierholt* (Generalstaatsanwaltschaft Celle/Europäisches Justizielles Netzwerk) sowie Frau *Stephanie Eymann* (Universität Basel), ebenso wie den Mitarbeiterinnen: Frau Mag. iur. *Nina Marlene Schallmoser* und Frau *Ulrike Grill* (beide Salzburg) sowie Frau *Claudine Abt* (Basel).

Die professionelle, stets harmonische Zusammenarbeit mit dem Beck-Verlag ermöglichten Herr Dr. *Klaus Weber*, der unser Werk von Anfang an mit innerer Überzeugung begleitende Herr *Andreas Harm* sowie, stets kreativ, Frau *Anne Brielmeier* (Herstellung).

Berlin, Salzburg, Basel, Hannover, Durham, Den Haag, Bonn,
im Oktober 2011.

Das Autorenteam

beck-shop.de

Schnellübersicht: Zur Struktur des Kommentars

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen ist mehr als nur die Auslieferung eines Verdächtigen an das Ausland oder die Vernehmung eines Zeugen im oder für das Ausland. Die Rechtsgrundlagen für diese Zusammenarbeit sind mittlerweile so umfangreich und zugleich unübersichtlich geregelt worden, dass es selbst für spezialisierte Juristen schwierig ist, mit den rasanten und oft auch hektischen Entwicklungen Schritt zu halten. Ein synoptischer Überblick ist nicht mehr möglich. Auch diese Auflage des Kommentars versucht jedoch durch seine bewährte und nur leicht veränderte Struktur etwas **Systematik in das kaum zu durchdringende Normengeflecht** eines Rechtsgebietes zu bringen, in dem es gerade an einer Systematik fehlt. Ursache sind nicht nur die vielen parallel agierenden Rechtssetzer auf den verschiedensten Ebenen vom Einzelstaat bis hin zu den Vereinten Nationen. Auch innerhalb einer Rechtssetzungsebene, etwa der Europäischen Union, werden Rechtsakte eher fragmentarisch und willkürlich erscheinend denn systematisch erarbeitet. Die Arbeit mit „begrenzten Einzelermächtigungen“ ist für die Entwicklung einer homogenen und ausbalancierten Verfahrensordnung gerade im sensiblen Bereich des Strafrechts nicht akzeptabel und Wasser auf die Mühlen der Gegner der EU.

In der Sache geht es bei der Rechtshilfe in Strafsachen um eine über Grenzen hinweg erforderliche **Rechtshilfeverfahrensordnung**, bei der sich mehrere Staaten Aufgaben und Verantwortlichkeit – auch und gerade gegenüber dem Individuum – teilen. Inhaltlich ist es das Ziel dieses Kommentars ein faires internationales und supranationales Strafverfahren zu fördern.

Mit der Struktur des Kommentars wollen wir auch demjenigen, der sich erst in die Materie einarbeitet, einen ersten Zugang ermöglichen: Primär gestützt auf die Herkunft der Rechtsquellen haben wir den Kommentar in 10 Hauptteile und 17 Anhänge aufgegliedert. Diese **Struktur** soll vorab auch für denjenigen im Überblick vorgestellt werden, der bisher schon mit Voraufgaben – vielleicht sogar seit 1983 – gearbeitet hat, aber, wie das Feedback zeigt, ein Hilfsmittel zum schnellen jeweils erneuten Einstieg in eine sachgegeben schwierige Kompilation suchte.

I. 10 Hauptteile, 17 Anhänge und praktische Hilfen

Der Kommentar ist in **zehn Hauptteilen** gegliedert, die sich in ihrer Reihenfolge primär nach der historischen Entwicklung der Herkunft der Rechtsquellen richten.

- Hauptteil I: **IRG**, als das deutsche Basisgesetz (mit Übersetzung)
- Hauptteil II: **Europarat**
- Hauptteil III: **Europäische Union (EU) einschließlich Zusammenarbeit im Schengen Bereich (III E 1)**
- Hauptteil IV: **Vereinte Nationen (VN)**
- Hauptteil V: **Weitere Rechtshilfeverträge Deutschlands**
- Hauptteil VI: **Internationale Strafgerichtsbarkeit**
- Hauptteil VII: **Rechtshilfenvorschriften Österreichs**
- Hauptteil VIII: **Rechtshilfenvorschriften der Schweiz**
- Hauptteil IX: **Rechtshilfenvorschriften Liechtensteins**
- Hauptteil X: **Bedeutung der Menschenrechte für die Rechtshilfe in Strafsachen (VN – Europarat – EU)**

Daran schließen sich **17 Anhänge** mit **Auszügen** zu folgenden Bereichen an:

- Das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland (GG) auch in engl. Sprache
- **Deutsches Bundesrecht** (auch in englischer Sprache (StGB, StPO, GVG) sowie BZRG, Vorschriften über das Bundesamt für Justiz, Zuständigkeitsvereinbarungen, RiVAST und RiStBV)
- Praktisch bedeutsame völkerrechtliche Pflichten und Individualrechte (**Wiener Vertrags-RÜbk = WÜK**, insbes. Art. 36 mit Anmerkungen) auch in englischer Sprache
- Verzeichnis der **Staatennamen**
- Synopse der **Fundstellen deutscher Gerichtsentscheidungen**
- **Liste der strafrechtsrelevanten völkerrechtlichen Verträge** und Konventionen der Bundesrepublik **Deutschland**, der Republik **Österreich** und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft**
- Verzeichnis der wichtigsten bereichsspezifischen **Internet-Verbindungen**

Schnellübersicht

Zur Struktur des Kommentars

II. Einheitliche Untergliederung der Hauptteile II, III und V

- 6 Die Hauptteile II (Europarat), III (EU) und V (weitere Rechtshilfeverträge Deutschlands) sind nach folgendem Prinzip untergliedert:
- A:** Übereinkommen/Vorschriften zur **Auslieferung**
 - B:** Übereinkommen/Vorschriften über die **Sonstige (kleine) Rechtshilfe**
 - C:** Übereinkommen/Vorschriften zur **Vollstreckungshilfe**
 - D/E:** **Sonstige** Übereinkommen zur Rechtshilfe in Strafsachen, bezogen auf Deliktsbereiche, Schutzbereiche oder besondere Instrumente der Rechtshilfe.

III. Bereichsspezifische Einführungen

- 7 Zum Einstieg und als Überblick besonders gedacht sind **bereichsspezifische Einführungen**. Sie vertiefen die in der hier unmittelbar nachfolgenden „Einleitung: Das international-arbeitsteilige Strafverfahren“ angesprochenen Fragen:

IRG:	HT I
Europarat generell:	HT II
Auslieferung:	HT II A
Sonstige Rechtshilfe:	HT II B
Vollstreckungshilfe:	HT II C
EU (einschl. Schengen) generell:	HT III
Auslieferung:	HT III A
Sonstige Rechtshilfe:	HT III B
Strafregisterwesen:	HT III B 3 e
Vollstreckungshilfe:	HT III C
Zusammenarbeit im Schengen-Bereich:	HT III E 1
Rechtsschutz und Rechtskontrolle:	HT III F
Vereinte Nationen und Rechtshilfe:	HT IV
Organisierte Kriminalität (UNTOC):	HT IV B
Hochseepiraterie:	HT IV F
Bilaterale Rechtshilfeverträge:	HT V
Internationale Strafgerichtsbarkeit:	HT VI
Rechtshilferecht Österreichs:	HT VII
Rechtshilferecht der Schweiz:	HT VIII
Rechtshilferecht Liechtensteins:	HT IX
Bedeutung der Menschenrechte:	HT X
der Vereinten Nationen:	HT X A
des Europarates:	HT X B
der Europäischen Union:	HT X C

IV. Die englische Sprache als Kommunikationsbrücke

- 8 Da die **Sprache** nicht nur mangels einheitlicher Terminologie zunehmend Probleme in der praktischen Rechtsanwendung schafft, sind die wesentlichen Texte der Hauptteile I–VI und X sowie der Anhänge sowohl in deutscher wie auch in englischer Sprache wiedergegeben. Soweit die deutsche Sprache keine verbindliche Sprache eines Übereinkommens ist, wie z.B. bei Übereinkommen des Europarats, wird die englische Fassung im Wortlaut als authentischer Text im Sinne von Art. 33 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens (hier: Anhang 11) der deutschen Übersetzung der Norm vorangestellt. Damit wird auch insoweit das Problembewusstsein wach gehalten, dass der deutsche Text für eine am Wortlaut orientierte Auslegung in keiner Weise maßgeblich ist. Auch das IRG selbst findet sich in englischer Sprache unmittelbar nach seiner Kommentierung in einer völlig neuen und auf den heutigen Stand (2011) gebrachte Übersetzung von *Michael Bohlander und Wolfgang Schomburg*. Auch diese kann keinen authentischen Text darstellen. Mit englischen Texten wird jedoch einerseits auch dem nicht-deutschsprachigen Aus-

länder unser Recht zugänglich gemacht und zugleich andererseits dem deutschen Praktiker die direkte Korrespondenz in Wort und Schrift mit dem Ausland erleichtert. Englisch ist zur führenden Rechtssprache der Welt geworden. Daher dient die englische Sprache gerade in der auf Beschleunigung angewiesenen Rechtshilfepraxis auch dann als **Kommunikationsbrücke**, wenn keiner der an einer Rechtsdiskussion Beteiligten *english native speaker* ist.

V. Hintergründe der Struktur

Praktiziertes Rechtshilferecht zeichnet sich durch ein immer dichteres **Netzwerk multi- und bilateraler Verträge** aus. Nicht nur die Partner der Rechtshilfeübereinkommen des Europarates – jetzt gesammelt in den „Council of Europe Treaty Series (CETS)“ – haben durch das Anwachsen dieser nunmehr pan-europäischen Institution auf derzeit 47 Mitgliedstaaten rapide zugenommen. Auch die Zahl multilateraler Konventionen ist sprunghaft gestiegen. Nachdem das Schengener Durchführungsübereinkommen durch den Amsterdamer Vertrag (1997) in Unionsrecht („Schengen acquis“) aufgenommen worden war, hat der Rat der Europäischen Union in West- und Teilen Zentraleuropas die Federführung in Sachen Rechtshilfe übernommen, dies insbesondere nach den Erweiterungen der EU. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (1. Dezember 2009) wurde dann auf der Grundlage insbesondere des Prinzips der wechselseitigen Anerkennung (*mutual recognition*) ein ganzes Tableau von fragmentarischen Rahmenbeschlüssen verabschiedet. Diese sollen im Raum der EU nach dem prominenten Beispiel des EU-Haftbefehls insbesondere die Übereinkommen des Europarates ablösen. Außerhalb der EU werden diese hochqualifizierten Übereinkommen des Europarats wegen ihrer nicht nur pan-europäischen Reichweite (z. Zt. 47 pan-europäische Mitgliedstaaten und bis zu 40 weitere Partnerstaaten weltweit) weiterhin von herausragender Bedeutung bleiben.

Es erschwert die Rechtssuche zusätzlich, dass sowohl im Europarat wie auch in der EU Rechtshilfenvorschriften nicht mehr nur als allgemeine Normen zur Kooperation in allen Kriminalitätsfeldern ausgearbeitet werden, sondern dass zunehmend **delikts- oder instruments-bezogene Spezialnormen** entwickelt werden. Zudem werden gerade im Bereich der EU traditionell zusammengefasste Bereiche (z. B. Rechtshilfeübereinkommen) aufgebrochen und eher willkürlich und unsystematisch und zudem fragmentarisch geregelt (Registerrückkunft, Bewährungsüberwachung, Geldsanktionen, um nur wenige Beispiele zu nennen, die den Hauptteil III auch in ihrer Redundanz überlasten).

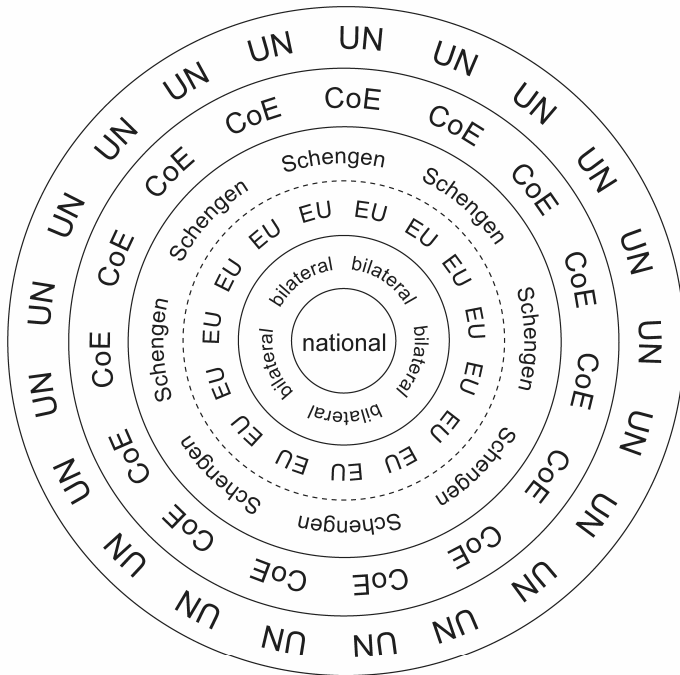
In der übergroßen Mehrheit der Fälle dient das **IRG** nur lückenfüllend als Rechtsquelle hinter vorrangigen internationalen Übereinkommen (vgl. § 1 Abs. 3 IRG). Allein die Verfahrensvorschriften werden im Allgemeinen nicht von Vorschriften völkerrechtlicher Verträge berührt. Das IRG bleibt zudem gerade in den meist schwierigeren Fällen vertragloser Rechtshilfe die zentrale Rechtsquelle. Deshalb bleibt die Kommentierung vom Aufbau her auf das IRG (Hauptteil I) konzentriert, während in den Hauptteilen II (Europarat), III (EU/Schengen) und IV (Vereinte Nationen) hauptsächlich ergänzende Hinweise aufgenommen wurden.

Schnellübersicht

Zur Struktur des Kommentars

Schaubild der Quellen zum Rechtshilferecht

- 12 Es ergibt sich geographisch geordnet mithin folgendes **Schaubild der Rechtsquellen**:



Das Netzwerk der Kooperation in Strafsachen stellt sich aus der jeweiligen nationalen Sicht (Zentrum) nach außen erweiternd wie folgt dar:

- **Nationales Recht** Ergänzendes und ausfüllendes nationales Recht (HT I/ VII/VIII/IX/X)
- **Bilateral** Bilaterale Übereinkommen (HT II und HT V)
- **EU/Schengen** Rechtsakte der Europäischen Union (HT III A-D, F)/ Schengen-Besitzstand unter Berücksichtigung des Assoziierungsstandes (HT III E)
- **CoE** Council of Europe: Konventionen des Europarates nebst ZP (HT II)
- **UN** United Nations/Vereinte Nationen (HT IV)

- 13 **Die inneren Kreise** (ab CoE) bilden das eigentliche europäische Netzwerk:
Der **Ursprung** liegt in dem geographisch weitestreichenden Vertragswerk der inzwischen nahezu 50 Staaten des **Europarates**. Einige Verträge reichen heute weit über Europa hinaus.
- 14 Den nächsten inneren Kreis bildet ein sich schnell entwickelndes Rechtshilfesystem innerhalb der gesamten **Europäischen Union** mit ihren 27 Mitgliedstaaten (Stand 2011). Dieses ist nicht zu verwechseln mit dem des integrierten **Schengener Rechtsraums**, der jedoch räumlich nicht identisch ist. Dies teils wegen der weiteren Assoziierungspartner, die nicht der EU angehören, teils wegen der EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Schengenraum zugehören.
- 15 **Im Zentrum** bleibt notwendig das **nationale Recht**, womit nicht nur das ureigenste Rechtshilferecht (für Deutschland: das **IRG**) einschließlich der **bilateralen Verträge** und Zusatzverträge zu multilateralen Verträgen sowie Zusammenarbeitsnormen mit internationalen Strafgerichtshöfen, sondern auch das Strafprozessrecht (Verfahren im vornehmenden und/oder ersuchenden Staat) und das materielle Strafrecht angesprochen sind.

In jüngster Zeit haben vor allem Übereinkommen der **Vereinten Nationen (äußerer Kreis)** an Bedeutung gewonnen. Sie erzeugen bereichsspezifische (z.B. Betäubungsmittelrecht; Formen der organisierten Kriminalität) vertragliche Auslieferungs- und Rechtshilfebeziehungen zu Staaten, mit denen ansonsten gerade *keine allgemeinen* Auslieferungs- oder Rechtshilfeverträge bestehen. Zum Teil geht die Kooperation der Sache nach über traditionelle europäische Instrumente hinaus oder füllt Ratifikationslücken (z.B. die Übertragung von Strafverfahren nach Art. 21 VN-OrgKrim-Übk – HT IV B).

Damit wird auf der Grundlage des **am 1. September 2011 geltenden Rechtszustandes** und (weitgehend) der bis dahin ergangenen Entscheidungen der Obergerichte dem Anspruch des Titels folgend das gesamte für den deutschsprachigen Rechtsraum wesentliche Rechtshilferecht in Strafsachen zusammengetragen und z.T. kritisch erläuternd begleitet. Bei neuen Konventionen wird der bisherigen Übung folgend im Wesentlichen auf die jeweils relevanten amtliche Begründungen (*explanatory reports* der den Text entwerfenden internationalen Institutionen/Denkschriften nationaler Gesetzgeber) zurückgegriffen. Die **Tabellen** befinden sich weitgehend schon auf dem **Ratifikationsstand zum 31. Dezember 2011**.

Bis zur Voraufgabe wurde durch **Verweisungsblocks** beim IRG die Verzahnung der jeweils ausschließlich nationalen Vorschrift mit entsprechenden Vertrags- und Konventionsbestimmungen aufgezeigt. Dies erwies sich jedoch als zunehmend nicht mehr darstellbar, weil es z.B. der Berücksichtigung zahlreicher Ausnahmen und Unterausnahmen oder länderbezogener Anwendungsausnahmen bis in einzelne Vorschriften, etwa des SDÜ, ebenso bedurft hätte, wie nicht mehr nachvollziehbarer Rückverweisungen. Zudem kann das Beziehungsgeflecht vor allem nicht mehr losgelöst vom einschlägigen Fall beurteilt werden. Deshalb mussten wir bewusst darauf verzichten, diese Art der Darstellung weiterzuführen.

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 5. Auflage	V
Schnellübersicht: Zur Struktur des Kommentars	VII
Abkürzungen	XXXVII
Literaturverzeichnis	LIX

Einleitung: Das international-arbeitsteilige Strafverfahren

I. Grundbegriffe des Rechtshilferechts	2
II. Grundstrukturen des materiellen Rechtshilferechts	8
III. Die bestehenden transnationalen Rechtsquellen	11
IV. Das Modell des „international-arbeitsteiligen Strafverfahrens“ als Grundkonzept der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen	18
V. Recht auf Verteidigung im „international-arbeitsteiligen Strafverfahren“ am Beispiel der „Auslieferungsuntersuchungshaft“	36
VI. Bedeutung der Sprache im „international-arbeitsteiligen Strafverfahren“	40
VII. Verschiedene Rechtsordnungen treffen im Rahmen des „international-arbeitsteiligen Strafverfahrens“ aufeinander	43
VIII. Zusammenfassung: Das Kaleidoskop des „international-arbeitsteiligen Strafverfahrens“ ...	49

HAUPTTEIL I

Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)

I Einführung in den Hauptteil I	51
--	-----------

Erster Teil. Anwendungsbereich

§ 1 Anwendungsbereich	71
-----------------------------	----

Zweiter Teil. Auslieferung an das Ausland

Vor § 2	76
§ 2 Grundsatz	78
§ 3 Auslieferung zur Verfolgung oder zur Vollstreckung	85
§ 4 Akzessorische Auslieferung	92
§ 5 Gegenseitigkeit	93
§ 6 Politische Straftaten, politische Verfolgung	95
§ 7 Militärische Straftaten	111
§ 8 Todesstrafe	113
§ 9 Konkurrierende Gerichtsbarkeit	119
§ 9 a Auslieferung und Verfahren vor internationalen Strafgerichtshöfen	123
§ 10 Auslieferungsunterlagen	124
§ 11 Spezialität	134
§ 12 Bewilligung der Auslieferung	141
§ 13 Sachliche Zuständigkeit	146
§ 14 Örtliche Zuständigkeit	149
Vor § 15 Haft zum Zwecke der Auslieferung	152
§ 15 Auslieferungshaft	156
§ 16 Vorläufige Auslieferungshaft	168
§ 17 Auslieferungshaftbefehl	176
§ 18 Fahndungsmaßnahmen	178

Inhalt

	Seite
§ 19 Vorläufige Festnahme	179
§ 20 Bekanntgabe	181
Vor §§ 21, 22 Richterliche Kontrolle des Freiheitsentzuges	181
§ 21 Verfahren nach Ergreifung auf Grund eines Auslieferungshaftbefehls	187
§ 22 Verfahren nach vorläufiger Festnahme	190
§ 23 Entscheidung über Einwendungen des Verfolgten	192
§ 24 Aufhebung des Auslieferungshaftbefehls	193
§ 25 Aussetzung des Vollzugs des Auslieferungshaftbefehls	197
§ 26 Haftprüfung	198
§ 27 Vollzug der Haft	199
§ 28 Vernehmung des Verfolgten	199
§ 29 Antrag auf Entscheidung über die Zulässigkeit der Auslieferung	202
§ 30 Vorbereitung der Entscheidung	203
§ 31 Durchführung der mündlichen Verhandlung	208
§ 32 Entscheidung über die Zulässigkeit	210
§ 33 Erneute Entscheidung über die Zulässigkeit	214
§ 34 Haft zur Durchführung der Auslieferung	218
§ 35 Erweiterung der Auslieferungsbewilligung	222
§ 36 Weiterlieferung	226
§ 37 Vorübergehende Auslieferung	227
§ 38 Herausgabe von Gegenständen im Auslieferungsverfahren	232
§ 39 Beschlagnahme und Durchsuchung	234
§ 40 Beistand	235
§ 41 Vereinfachte Auslieferung	245
§ 42 Anrufung des Bundesgerichtshofes	248

Dritter Teil. Durchlieferung

Vor § 43	252
§ 43 Zulässigkeit der Durchlieferung	253
§ 44 Zuständigkeit	255
§ 45 Durchlieferungsverfahren	257
§ 46 Durchlieferung bei vorübergehender Auslieferung	260
§ 47 Unvorhergesehene Zwischenlandung bei Beförderung auf dem Luftweg	261

Vierter Teil. Rechtshilfe durch Vollstreckung ausländischer Erkenntnisse

Vor § 48 (zugleich: zu § 71)	264
§ 48 Grundsatz	270
§ 49 Weitere Voraussetzungen der Zulässigkeit	271
§ 50 Sachliche Zuständigkeit	279
§ 51 Örtliche Zuständigkeit	280
§ 52 Vorbereitung der Entscheidung	281
§ 53 Beistand	282
§ 54 Umwandlung der ausländischen Sanktion	284
§ 55 Entscheidung über die Vollstreckbarkeit	291
§ 56 Bewilligung der Rechtshilfe	292
§ 56 a Entschädigung der verletzten Person	294
§ 56 b Vereinbarung über die Verwertung, Herausgabe und Aufteilung des abgeschöpften Vermögens	296
§ 57 Vollstreckung	298
§ 57 a Kosten der Vollstreckung	302
§ 58 Sicherung der Vollstreckung	303

Fünfter Teil. Sonstige Rechtshilfe

Vor § 59	305
§ 59 Zulässigkeit der Rechtshilfe	312
§ 60 Leistung der Rechtshilfe	331
§ 61 Gerichtliche Entscheidung	332
§ 61 a Datenübermittlung ohne Ersuchen	336
§ 61 b Gemeinsame Ermittlungsgruppen	340
§ 61 c Audiovisuelle Vernehmung	341
§ 62 Vorübergehende Überstellung in das Ausland für ein ausländisches Verfahren	342

Inhalt

	Seite
§ 63 Vorübergehende Überstellung aus dem Ausland für ein ausländisches Verfahren	346
§ 64 Durchbeförderung von Zeugen	348
§ 65 Durchbeförderung zur Vollstreckung	349
§ 66 Herausgabe von Gegenständen	350
§ 67 Beschlagnahme und Durchsuchung	355
§ 67 a Rechtshilfe für internationale Strafgerichtshöfe, zwischen- und überstaatliche Einrichtungen	358
Sechster Teil. Ausgehende Ersuchen	
Vor § 68	358
§ 68 Rücklieferung	383
§ 69 Vorübergehende Überstellung aus dem Ausland für ein deutsches Verfahren	385
§ 70 Vorübergehende Überstellung in das Ausland für ein deutsches Verfahren	387
§ 71 Ersuchen um Vollstreckung	388
§ 71 a Vereinbarung über die Verwertung, Herausgabe und Aufteilung des abgeschöpften Vermögens	400
§ 72 Bedingungen	400
Siebenter Teil. Gemeinsame Vorschriften	
§ 73 Grenze der Rechtshilfe	409
§ 74 Zuständigkeit des Bundes	445
§ 74 a Internationale Strafgerichtshöfe, zwischen- und überstaatliche Einrichtungen	449
§ 75 Kosten	450
§ 76 Gegenseitigkeitszusicherung	451
§ 77 Anwendung anderer Verfahrensvorschriften	452
§ 77 a Elektronische Kommunikation und Aktenführung	454
§ 77 b Verordnungsermächtigung	455
Achter Teil. Auslieferungs- und Durchlieferungsverkehr mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union	
Abschnitt 1. Allgemeine Regelungen	
Vor § 78	456
§ 78 Vorrang des Achten Teils	462
§ 79 Grundsätzliche Pflicht zur Bewilligung; Vorabentscheidung	469
Abschnitt 2. Auslieferung an einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union	
§ 80 Auslieferung deutscher Staatsangehöriger	474
§ 81 Auslieferung zur Verfolgung oder zur Vollstreckung	479
§ 82 Nichtanwendung von Vorschriften	481
§ 83 Ergänzende Zulässigkeitsvoraussetzungen	482
§ 83 a Auslieferungsunterlagen	486
§ 83 b Bewilligungshindernisse	490
§ 83 c Fristen	495
§ 83 d Entlassung des Verfolgten	497
§ 83 e Vernehmung des Verfolgten	497
Abschnitt 3. Durchlieferung an einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union	
Vor § 83 f	498
§ 83 f Durchlieferung	498
§ 83 g Beförderung auf dem Luftweg	499
Abschnitt 4. Ausgehende Ersuchen um Auslieferung an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union	
Vor § 83 h	499
§ 83 h Spezialität	502
§ 83 i Unterrichtung über Fristverzögerungen	504
	XV

Inhalt

Neunter Teil. Vollstreckungshilfeverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Abschnitt 1. Freiheitsentziehende Sanktionen

	Seite
Vor § 84	504
§ 84 Eingehende Ersuchen	507
§ 85 Ausgehende Ersuchen	507

Abschnitt 2. Geldsanktionen

Vor § 86	508
----------------	-----

Unterabschnitt 1. Allgemeine Regelungen

§ 86 Vorrang	512
--------------------	-----

Unterabschnitt 2. Eingehende Ersuchen

§ 87 Grundsatz	513
§ 87 a Vollstreckungsunterlagen	516
§ 87 b Zulässigkeitsvoraussetzungen	517
§ 87 c Vorbereitung der Entscheidung über die Bewilligung	527
§ 87 d Grundsätzliche Pflicht zur Bewilligung	528
§ 87 e Beistand	530
§ 87 f Bewilligung der Vollstreckung	530
§ 87 g Gerichtliches Verfahren	532
§ 87 h Gerichtliche Entscheidung nach Einspruch	536
§ 87 i Gerichtliche Entscheidung auf Antrag der Bewilligungsbehörde; Bewilligung	538
Vor § 87 j Rechtsmittelverfahren	542
§ 87 j Rechtsbeschwerde	543
§ 87 k Zulassung der Rechtsbeschwerde	545
§ 87 l Besetzung der Senate der Oberlandesgerichte	547
§ 87 m Verbot der Doppelverfolgung; Mitteilung an das Bundeszentralregister	548
§ 87 n Vollstreckung	549

Unterabschnitt 3. Ausgehende Ersuchen

§ 87 o Grundsatz	554
§ 87 p Inländisches Vollstreckungsverfahren	555

Abschnitt 3. Einziehung und Verfall

Vor § 88	555
§ 88 Grundsatz	556
§ 88 a Voraussetzungen der Zulässigkeit	556
§ 88 b Unterlagen	558
§ 88 c Ablehnungsgründe	559
§ 88 d Verfahren	560
§ 88 e Vollstreckung	562
§ 88 f Aufteilung der Erträge	562
§ 89 Sicherstellungsmaßnahmen	563
§ 90 Ausgehende Ersuchen	563

Zehnter Teil. Sonstiger Rechtshilfeverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Abschnitt 1. Allgemeine Regelungen

Vor § 91	564
§ 91 Vorrang des Zehnten Teils	566

Abschnitt 2. Besondere Formen der Rechtshilfe

§ 92 Datenübermittlung ohne Ersuchen	567
§ 93 Gemeinsame Ermittlungsgruppen	568
Vor § 94 Vorläufige Maßnahmen zur Sicherung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln	571
§ 94 Ersuchen um Sicherstellung, Beschlagnahme und Durchsuchung	574
§ 95 Sicherungsunterlagen	577
§ 96 Grundsätzliche Pflicht zur Bewilligung von Sicherstellungsmaßnahmen	578
§ 97 Ersuchen um Herausgabe von Beweismitteln	579

Inhalt

Elfter Teil. Schlussvorschriften

Seite

Vor § 98	579
§ 98 Anwendungsvorbehalt; Stichtagsregelung	580
§ 99 Einschränkung von Grundrechten	580

Englische Übersetzung/English Translation

Act on International Cooperation in Criminal Matters (AICCM)

Glossary	581
Table of contents	582

Part I. Scope of Application

Section 1 Scope of Application	584
--------------------------------------	-----

Part II. Extradition into a Foreign Country

Section 2 Principle	585
Section 3 Extradition for the Purpose of Prosecution or Enforcement	585
Section 4 Extradition for Additional Offences	585
Section 5 Reciprocity	585
Section 6 Political Offences, Political Prosecution	585
Section 7 Military Offences	585
Section 8 Death Penalty	586
Section 9 Concurrent Jurisdiction	586
Section 9a Extradition and Proceedings before International Criminal Courts	586
Section 10 Extradition Documents	586
Section 11 Rule of Speciality	587
Section 12 Granting Extradition	587
Section 13 Jurisdiction Ratione Materiae	587
Section 14 Jurisdiction Ratione Loci	587
Section 15 Extradition Detention	587
Section 16 Provisional Extradition Detention	588
Section 17 Extradition Arrest Warrant	588
Section 18 Measures to Determine the Whereabouts of the Person Sought	588
Section 19 Provisional Arrest	588
Section 20 Notification	588
Section 21 Procedure after Arrest Pursuant to an Extradition Arrest Warrant	588
Section 22 Procedure after Arrest	589
Section 23 Decision on Objections Raised by the Person Sought	589
Section 24 Repeal of Extradition Arrest Warrant	589
Section 25 Stay of Execution of Extradition Arrest Warrant	589
Section 26 Review of Detention	590
Section 27 Execution of Detention	590
Section 28 Examination of the Person Sought	590
Section 29 Request for a Decision Concerning the Admissibility of Extradition	590
Section 30 Preparation of Decision	590
Section 31 Oral Hearing	591
Section 32 Decision on Admissibility of Extradition	591
Section 33 Reconsideration of Decision on Admissibility of Extradition	591
Section 34 Detention for the Purpose of Safeguarding Extradition	591
Section 35 Extension of Scope of Granted Extradition	591
Section 36 Transfer to a Third State	592
Section 37 Temporary Extradition	592
Section 38 Handing Over of Objects in Extradition Proceedings	592
Section 39 Search and Seizure	593
Section 40 Assistance of Counsel	593
Section 41 Simplified Extradition	593
Section 42 Preliminary Rulings on Legal Issues by the <i>Bundesgerichtshof</i>	593

Inhalt

	Part III. Transit	Seite
Section 43	Admissibility of Transit	593
Section 44	Jurisdiction	594
Section 45	Transit Proceedings	594
Section 46	Transit in Case of Temporary Extradition	594
Section 47	Unscheduled Landing in Case of Transport by Air	595
	Part IV. Assistance in the Enforcement of Foreign Judgments	
Section 48	Principle	595
Section 49	Additional Prerequisites for Admissibility of Assistance	595
Section 50	Jurisdiction Ratione Materiae	596
Section 51	Jurisdiction Ratione Loci	596
Section 52	Preparation of Decision	596
Section 53	Assistance of Counsel	597
Section 54	Conversion of Foreign Sentence	597
Section 55	Decision Concerning Enforceability	597
Section 56	Granting Assistance	598
Section 56 a	Compensation of the Injured Party	598
Section 56 b	Agreement on Disposal, Return and Distribution of Seized Assets	598
Section 57	Enforcement	598
Section 57 a	Costs of Enforcement	599
Section 58	Measures Safeguarding Enforcement	599
	Part V. Other Assistance (Mutual Legal Assistance)	
Section 59	Admissibility of Assistance	599
Section 60	Rendering Assistance	600
Section 61	Decision of the Court	600
Section 61 a	Transmission of Personal Data without Request	600
Section 61 b	Joint Investigation Teams	601
Section 61 c	Audiovisual Examination	601
Section 62	Temporary Transfer to a Foreign Country for Foreign Proceedings	601
Section 63	Temporary Transfer from a Foreign Country for Foreign Proceedings	601
Section 64	Transporting Witnesses in Transit	602
Section 65	Transport in Transit to Enforce Sentence	602
Section 66	Handing Over of Objects	602
Section 67	Search and Seizure	602
Section 67 a	Legal Assistance to International Criminal Courts, InterState and Supranational Institutions	603
	Part VI. Requests Addressed to Foreign Countries	
Section 68	Return to a Foreign Country	603
Section 69	Temporary Transfer from a Foreign Country for German Proceedings	603
Section 70	Temporary Transfer to a Foreign Country for German Proceedings	603
Section 71	Request for Enforcement	603
Section 71 a	Agreements as to Disposal, Return and Distribution of Seized Assets	604
Section 72	Conditions	604
	Part VII. Applicable General Regulations	
Section 73	Limitations on Assistance (<i>Ordre Public</i>)	604
Section 74	Federal Jurisdiction	604
Section 74 a	International Criminal Courts, InterState and Supranational Institutions	604
Section 75	Costs	605
Section 76	Assurances of Reciprocity	605
Section 77	Application of Procedural Rules	605
Section 77 a	Electronic Communication and Dossier	605
Section 77 b	Authorisation to Pass Secondary Legislation	605
	Part VIII. Extradition and Transit to Member States of the European Union	
	Paragraph 1. General Provisions	
Section 78	Precedence of Part VIII	606
Section 79	Duty to Grant Assistance; Preliminary Decision	606

Inhalt

	Seite
Paragraph 2. Extradition to a Member State of the European Union	
Section 80 Extradition of German Citizens	606
Section 81 Extradition for the Purpose of Prosecution and Enforcement	607
Section 82 Non-Applicability of Provisions	607
Section 83 Additional Conditions of Admissibility	607
Section 83 a Extradition Documents	608
Section 83 b Obstacles to Granting an Application	608
Section 83 c Time Limits	608
Section 83 d Release of the Person Sought	608
Section 83 e Interrogation of the Person Sought	609
Paragraph 3. Transit to a Member State of the European Union	
Section 83 f Transit	609
Section 83 g Transport by Air	609
Paragraph 4. Requests for Extradition to a Member State of the European Union	
Section 83 h Rule of Speciality	609
Section 83 i Notification about Delays	609
Part IX. Assistance by Enforcement to Member States of the European Union	
Paragraph 1. Custodial Sanctions	
Section 84 Incoming Requests	610
Section 85 Outgoing Requests	610
Paragraph 2. Financial Penalties	
Subparagraph 1. General Provisions	
Section 86 Precedence	610
Subparagraph 2. Incoming Requests	
Section 87 Principle	610
Section 87 a Documentation	611
Section 87 b Prerequisites of Admissibility	611
Section 87 c Preparation of the Decision Granting Assistance	612
Section 87 d Duty to Grant Assistance	612
Section 87 e Assistance of Counsel	612
Section 87 f Granting Enforcement	612
Section 87 g Judicial Procedure	612
Section 87 h Decision of the Court after Objection	613
Section 87 i Judicial Decision upon Request by Authority; Granting Enforcement	613
Section 87 j Appeal	614
Section 87 k Leave to Appeal	614
Section 87 l Composition of the Senates of the <i>Oberlandesgericht</i>	615
Section 87 m <i>Ne bis in idem</i> ; Notice to the <i>Bundeszentralregister</i>	615
Section 87 n Enforcement	615
Subparagraph 3. Outgoing Requests	
Section 87 o Principle	616
Section 87 p Domestic Enforcement Procedure	616
Paragraph 3. Confiscation and Deprivation	
Section 88 Principle	616
Section 88 a Prerequisites of Admissibility	616
Section 88 b Documentation	617
Section 88 c Reasons for Refusal	617
Section 88 d Procedure	618
Section 88 e Enforcement	618
Section 88 f Distribution of Revenue	618
Section 89 Provisional Asset Freezing Measures	618
Section 90 Outgoing Requests	618
Part X. Other Legal Assistance with the Member States of the European Union	
Paragraph 1. General Provisions	
Section 91 Precedence of Part X	619

Inhalt

	Paragraph 2. Specific Forms of Legal Assistance	Seite
Section 92	Data Transmission without Request	619
Section 93	Joint Investigation Teams	619
Section 94	Requests for Freezing, Seizure and Search	619
Section 95	Documentation for Freezing Requests	620
Section 96	Duty to Grant Freezing Measures	620
Section 97	Requests for Pieces of Evidence	620

Part XI. Final Provisions

Section 98	Reservation as to Application; Operational Date	620
Section 99	Restriction of Civil Liberties	620

HAUPTTEIL II

Übereinkommen des Europarates

II	Einführung in den Hauptteil II	621
	A. Auslieferung	
Vor II A	Einführung in das europäische Auslieferungsrecht	624
II A	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (EuAIÜbk)	628
	Zur Anwendung des EuAIÜbk	628
	Summary of the Treaty	629
	Vertragstabelle	629
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	631
II A 1	Zusatzprotokoll vom 15. Oktober 1975 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (ZP-EuAIÜbk)	658
	Kurzübersicht	658
	Summary of the treaty	658
	Vertragstabelle	658
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	660
II A 2	Zweites Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (2. ZP-EuAIÜbk)	665
	Kurzübersicht	665
	Summary of the treaty	665
	Vertragstabelle	665
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	666
II A 3	Drittes Zusatzprotokoll vom 10. November 2010 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (3. ZP-EuAIÜbk) ...	672
	Kurzübersicht	672
	Summary of the treaty	672
	Vertragstabelle	672
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	674
	Bilaterale Ergänzungsverträge zum EuAIÜbk zwischen Deutschland und	
II A a	der Italienischen Republik vom 24. Oktober 1979 <i>(nicht mehr abgedruckt)</i>	682
II A b	dem Königreich der Niederlande vom 30. August 1979 <i>(nicht mehr abgedruckt)</i>	682
II A c	der Republik Österreich vom 31. Januar 1972 <i>(nicht mehr abgedruckt)</i>	682
II A d	der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 13. November 1969 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 8. Juli 1999 (CH-ErgV EuAIÜbk)	684
II A e	der Tschechischen Republik vom 2. Februar 2000 <i>(nicht mehr abgedruckt)</i>	688
II A f	der Republik Polen vom 17. Juli 2003 <i>(nicht mehr abgedruckt)</i>	688
Vor II A 4	Gesetz vom 28. März 1978 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (EuTerrÜbkG) – Auszug –	689
II A 4	Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977 (EuTerrÜbk)	690
	Kurzübersicht	690
	Summary of the treaty	690
	Vertragstabelle	691
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	692

Inhalt

	Seite
II A 4 a	Protokoll vom 15. Mai 2003 zur Änderung des EuTerrÜbk vom 27. Januar 1977 (ZP-EuTerrÜbk) 697
	Kurzübersicht 697
	Summary of the treaty 698
	Vertragstabelle 699
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung 700
B. Rechtshilfe	
Vor II B	Einführung in das europäische Rechtshilferecht 712
II B	Europäisches Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (EuRhÜbk) 715
	Zur Anwendung des EuRhÜbk 715
	Summary of the treaty 715
	Vertragstabelle 716
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen 717
II B 1	Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (ZP-EuRhÜbk) 732
	Kurzübersicht 732
	Summary of the treaty 732
	Vertragstabelle 732
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung 734
II B 2	Zweites Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (2. ZP-EuRhÜbk) 740
	Kurzübersicht 740
	Summary of the treaty 740
	Vertragstabelle 741
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen 742
Bilaterale Ergänzungsverträge zum EuRhÜbk zwischen Deutschland und	
II B a	der FRANZÖSISCHEN REPUBLIK vom 24. Oktober 1974 (F-ErgV EuRh-Übk) 775
II B b	dem Staat ISRAEL vom 20. Juli 1977 (IL-ErgV EuRhÜbk) 779
II B c	der ITALIENISCHEN REPUBLIK vom 24. Oktober 1979 (I-ErgV EuRhÜbk) 783
II B d	dem Königreich der NIEDERLANDE vom 30. August 1979 (NL-ErgV EuRhÜbk) 787
II B da	dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten vom 2. März 2005 (D-NL PolV) 791
II B e	der Republik ÖSTERREICH vom 31. Januar 1972 (A-ErgV EuRhÜbk) 805
II B ea	der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammen- arbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angele- genheiten vom 11. November/19. Dezember 2003 (D-A PolV) 809
II B f	der SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT vom 13. November 1969 (CH-ErgV EuRhÜbk) 822
II B f 1	Änderungsvertrag vom 8. Juli 1999 (ÄndV CH-ErgV EuRhÜbk) 827
Vor II B fa	Gesetz vom 25. September 2001 zu den Verträgen vom 27. April und 8. Juli 1999 über grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit, Auslieferung, Rechtshilfe sowie zu dem Abkommen vom 8. Juli 1999 über Durchgangsrecht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (D-CH PolVG) 833
II B fa	Vertrag vom 27. April 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschrei- tende polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit (D-CH PolV) 835
Vor II B g	Gesetz vom 13. Juli 2001 zum ErgV mit der TSCHECHISCHEN REPUBLIK vom 2. Februar 2000 (CZ-ErgVG EuRhÜbk) 854
II B g	der Tschechischen Republik vom 2. Februar 2000 (CZ-ErgV EuRh-Übk) 855
II B h	der Republik POLEN vom 17. Juli 2003 (PL-ErgV EuRhÜbk) 868
	XXI

Inhalt

	C. Vollstreckungshilfe	Seite
Vor II C	Einführung in das Recht der Vollstreckungshilfe	876
Zu II C	Gesetz vom 26. September 1991 zur Ausführung des ÜberstÜbk (ÜAG) ..	879
	Text mit Erläuterungen	879
II C	Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen (ÜberstÜbk)	886
	Kurzübersicht	886
	Summary of the treaty	886
	Vertragstabelle	887
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	889
II C 1	Zusatzprotokoll vom 18. Dezember 1997 zum Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen (ZP-ÜberstÜbk)	919
	Kurzübersicht	919
	Summary of the treaty	919
	Vertragstabelle	920
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	921
	D. Sonstige auch rechtshilferelevante Übereinkommen des Europarates	
II D 1	Übereinkommen vom 23. November 2001 über Computerkriminalität (EuCybercrimeÜbk) unter Einbeziehung des Zusatzprotokoll vom 28. Januar 2003 zum Übereinkommen vom 23. November 2001 über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art (ZP-EuCybercrimeÜbk)	929
	Kurzübersicht	929
	Summary of the treaty	930
	Vertragstabelle	930
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	933
II D 2	Übereinkommen vom 8. November 1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (EuGeldwäscheÜbk)	959
	Kurzübersicht	959
	Summary of the treaty	960
	Literaturhinweise	960
	Vertragstabelle	961
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	963
II D 3	Übereinkommen vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (EuDrogenÜbk)	1015
	Kurzübersicht	1015
	Summary of the treaty	1015
	Vertragstabelle	1015
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1017
II D 4	Europäisches Übereinkommen vom 24. November 1983 über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (EuOpferEntschädigungsÜbk)	1037
	Kurzübersicht	1037
	Summary of the treaty	1037
	Vertragstabelle	1037
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1037
II D 5	Strafrechtsübereinkommen vom 27. Januar 1999 gegen Korruption (EuAntiKorruptionsÜbk [StR])	1046
	Kurzübersicht	1046
	Summary of the treaty	1046
	Vertragstabelle	1047
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1049
II D 5a	Zusatzprotokoll vom 15. Mai 2003 zum Strafrechtsübereinkommen gegen Korruption vom 27. Januar 1999 (nicht mehr abgedruckt)	1060
II D 6	Europäisches Übereinkommen vom 28. Mai 1970 über die internationale Geltung von Strafurteilen (EuIntGeltungStrafurteilÜbk)	1061
	Kurzübersicht	1061
	Summary of the treaty	1062

Inhalt

	Seite
Vertragstabelle	1062
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1063
II D 7 Europäisches Übereinkommen vom 15. Mai 1972 über die Übertragung der Strafverfolgung (EuÜbertrStrafverfolgungÜbk)	1089
Kurzübersicht	1089
Summary of the treaty	1089
Vertragstabelle	1090
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1091
Vor II D 8 Gesetz vom 5. Juli 1974 zur Ausführung des AuRAÜbk und ZP-AuRA-Übk (nicht mehr abgedruckt)	1109
II D 8 Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 betreffend Auskünfte über ausländisches Recht (nicht mehr abgedruckt)	1109
II D 8 a Zusatzprotokoll vom 15. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht vom 7. Juni 1968 (nicht mehr abgedruckt)	1109
II D 9 Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Bekämpfung von Menschenhandel (EuMenschenhandelÜbk) – Excerpts/Auszüge –	1110
Kurzübersicht	1110
Summary of the treaty	1110
Vertragstabelle	1110
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1112
II D 10 Übereinkommen des Europarates vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Eu-KinderschutzÜbk) – Excerpt/Auszug –	1117
Kurzübersicht	1117
Summary of the treaty	1117
Vertragstabelle	1118
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1119
II D 11 Übereinkommen des Europarates vom 7. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (EuFrauenschutzÜbk) – Excerpt/Auszug –	1123
Kurzübersicht	1123
Summary of the treaty	1123
Vertragstabelle	1123
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1124
II D 12 Konvention des Europarates vom 28. Oktober 2011 über die Fälschung von Arzneimitteln und ähnliche Verbrechen, die eine Bedrohung der öffentlichen Gesundheit darstellen (EuArzneimittelfälschungsÜbk) – Excerpt/Auszug –	1131
Kurzübersicht	1131
Summary of the treaty	1131
Authentic engl. text	1131

HAUPTTEIL III

Rechtsakte der Europäischen Union

III Einführung in den Hauptteil III	1139
Literaturhinweise	1152
III 1 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union vom 13. Dezember 2007 (EUV, in der Fassung des Vertrages von Lissabon) – Auszüge –	1157
English text: Consolidated version of the Treaty on European Union of 13 December 2007 (TEU) – Excerpts –	1158
III 2 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, in der Fassung des Vertrages von Lissabon) – Auszüge –	1160
English text: Consolidated version of the Treaty on the Functioning of the European Union of 13 December 2007 (TFEU) – Excerpts –	1167
A. Auslieferung	
III A Einführung in das Auslieferungsrecht der EU	1174
III A 1 Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (RB-EUhb) (konsolidierte Fassung)	1176
Kurzeinführung	1176

Inhalt

	Seite
Literaturhinweise	1181
Text	1181
English text: Council Framework Decision 2002/584/JHA of 13 June 2002 on the European Arrest Warrant and the Surrender Procedures between Member States (FD EAW)	1194
III A 2 Abkommen vom 25. Juni 2003 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung (AusAbk EU-USA)	1207
Kurzübersicht	1207
Summary	1207
Text	1208
English text: Agreement of 25 June 2003 on extradition between the European Union and the United States of America (Extradition Agreement EU-USA)	1213
B. Rechtshilfe	
III B Einführung in das Recht der sonstigen Rechtshilfe der EU	1219
III B 1 Übereinkommen vom 29. Mai 2000 – gemäß Art. 34 des Vertrags über die Europäische Union vom Rat erstellt – über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-RhÜbk)	1221
Kurzübersicht	1221
Summary	1224
Literaturhinweise	1224
Text mit Erläuterungen	1226
English text: Convention of 29 May 2000 established by the Council in accordance with Article 34 of the Treaty of the European Union, on Mutual Assistance in Criminal Matters between the Member States of the EU (MLA Convention EU)	1261
III B 1 a Protokoll vom 16. Oktober 2001 vom Rat gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union erstellt zu dem Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ZP-EU-RhÜbk)	1273
Kurzübersicht	1273
Summary	1274
Literaturhinweise	1275
Text mit Erläuterungen	1276
English text: Protocol of 16 October 2001 established by the Council in accordance with Article 34 of the Treaty on European Union to the Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters between the Member States of the European Union (MLA Protocol EU)	1287
III B 2 Rechtshilfeabkommen der EU mit Drittstaaten	1291
III B 2 aa Abkommen vom 25. Juni 2003 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe (RhAbk EU-USA)	1291
Kurzübersicht	1291
Summary	1291
Text	1292
English text: Agreement of 25 June 2003 on Mutual Legal Assistance between the European Union and the United States of America (MLA Agreement EU-USA)	1299
III B 2 ab Abkommen vom 26. Juli 2007 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an das United States Department of Homeland Security (DHS) (FluggastdatenAbk EU-USA)	1306
Kurzübersicht	1306
Summary	1307
Literaturhinweise	1308
Text	1308
English text: Agreement of 26 July 2007 between the European Union and the United States of America on the Processing and Transfer of Passenger Name Record (PNR) Data by Air Carriers to the United States Department of Homeland Security (DHS) (PNR Agreement EU-USA)	1316

Inhalt

	Seite
III B 2 ac Abkommen vom 28. Juni 2010 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung für die Zwecke des Programms der USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (ZahlungsverkehrsdatenAbk EU-USA)	1318
Kurzübersicht	1318
Summary	1318
Literaturhinweise	1319
Text	1319
English text: Agreement of 28 June 2010 between the European Union and the United States of America on the Processing and Transfer of Financial Messaging Data from the European Union to the United States for the Purposes of the Terrorist Finance Tracking Program (Financial Messaging Data Agreement EU-USA)	1328
III B 2 b Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (BetrugsbekämpfungsAbk EU-CH)	1337
Kurzübersicht	1337
Summary	1338
Literaturhinweise	1338
Text	1339
III B 2 c Abkommen vom 30. Juni 2008 zwischen der Europäischen Union und Australien über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) aus der Europäischen Union und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an die australische Zollbehörde (FluggastdatenAbk EU-Australien)	1351
Kurzübersicht	1351
Summary	1351
Literaturhinweise	1352
Text	1352
English text: Agreement of 30 June 2008 between the European Union and Australia on the Processing and Transfer of European Union-Sourced Passenger Name Record (PNR) Data by Air Carriers to the Australian Customs Service (PNR Agreement EU-Australia)	1356
III B 2 d Abkommen vom 11. Oktober 2010 zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen (RhAbk EU-Japan)	1360
Vorbemerkung	1360
Text	1361
English text: Agreement of 11 October 2010 between the European Union and Japan on Mutual Legal Assistance in Criminal Matters (MLA Agreement EU-Japan)	1370
III B 3 Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse nach Art. 34 EU-Vertrag (a. F.)	1379
III B 3 a Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union (RB-Sicherstellung)	1379
Kurzübersicht	1379
Summary	1380
Literaturhinweise	1380
Text	1381
III B 3 b Rahmenbeschluss 2008/978/JI des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Europäische Beweisordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung im Strafverfahren (RB-Beweisanordnung)	1387
Kurzübersicht	1387
Summary	1389
Literaturhinweise	1390
Text	1392
III B 3 c Rahmenbeschluss 2009/829/JI des Rates vom 23. Oktober 2009 über die Anwendung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen	

Inhalt

	Seite
über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft (RB-Überwachung statt Untersuchungshaft)	1405
Kurzübersicht	1405
Summary	1405
Text	1406
III B 3 d Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates vom 18. Dezember 2006 über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (RB-Informationsaustausch)	1417
Kurzübersicht	1417
Summary	1419
Literaturhinweise	1420
Text	1420
III B 3 e Strafregisterwesen in der EU	1427
Kurzübersicht zum Strafregisterwesen	1427
Literaturhinweise	1427
III B 3 ea Beschluss 2005/876/JI des Rates vom 21. November 2005 über den Austausch von Informationen aus dem Strafregister (Strafregister-Beschl) <i>(nicht abgedruckt)</i> ...	1428
III B 3 eb Rahmenbeschluss 2009/315/JI des Rates vom 26. Februar 2009 über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten (RB-Strafregister)	1429
III B 3 ec Beschluss 2009/316/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Einrichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) gemäß Artikel 11 des Rahmenbeschlusses 2009/315/JI (ECRIS-Beschluss)	1437
III B 3 f Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden (RB-Datenschutz)	1442
Kurzübersicht	1442
Summary	1443
Literaturhinweise	1443
Text	1444
III B 3 g Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (Visa-Informationssystem-Beschluss)	1457
Kurzübersicht	1457
Summary	1457
Literaturhinweise	1458
Text	1458
C. Vollstreckungshilfe	
III C Einführung in das Recht der Vollstreckungshilfe der EU	1467
Vor III C 1 Gesetz vom 7. Juli 1997 zum Übereinkommen vom 13. November 1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen (EG-VollstrÜbkG)	1468
III C 1 Übereinkommen vom 13. November 1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen (EG-VollstrÜbk)	1469
Kurzübersicht/Summary of the treaty	1469
Literaturhinweise	1470
Vertragstabelle	1471
Text mit Erläuterungen	1471
English text: Convention of 13 November 1991 Between the Member States of the European Communities on the enforcement of foreign criminal sentences (EC-Convention on Enforcement of Foreign Criminal Sentences)	1487
III C 2 Rahmenbeschlüsse	1492
III C 2 a Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen (RB-Geldsanktionen)	1492

Inhalt

	Seite
Kurzübersicht	1492
Summary	1494
Literaturhinweise	1495
Text	1495
III C 2 b Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen (RB-Einziehung)	1503
Kurzeinführung	1503
Text	1506
III C 2 c Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union (RB-Freiheitsstrafen)	1516
Kurzeinführung	1516
Literaturhinweis	1517
Text	1518
III C 2 d Rahmenbeschluss 2008/947/JI des Rates vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen (RB-Bewährungsüberwachung)	1531
Kurzeinführung	1531
Text	1532
D. Verfahrenskoordination	
III D 1 Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren (RB-Kompetenzkonflikte)	1545
Kurzübersicht	1545
Summary	1547
Text	1548
III D 2 Eurojust	1554
Tabelle der bei Eurojust vertretenen Staaten	1554
Übersicht/Einführung	1554
Der Weg zu Eurojust – Kontaktadressen	1563
Weiterführende Literaturhinweise	1565
III D 2 a Gesetz vom 12. Mai 2004 zur Umsetzung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (EJG)	1566
III D 2 b Beschluss 2002/187/JI des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität in der Fassung der Beschlüsse des Rates vom 18. Juni 2003 (2003/659/JI) und 16. Dezember 2008 (2009/426/JI) (Eurojust-Beschluss, konsolidiert)	1571
III D 3 Beschluss 2008/976/JI des Rates vom 16. Dezember 2008 über das Europäische Justizielle Netz (EJN-Beschluss)	1594
Kurzeinführung	1594
Text	1597
III D 4 Beschluss 2009/371/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Errichtung des Europäischen Polizeiamts (Europol-Beschluss)	1601
Kurzübersicht	1601
Summary	1603
Literaturhinweise	1604
Text	1606
E. Schengener Besitzstand	
III E Einführung in die Schengen-Zusammenarbeit	1637
Literaturhinweise	1642
Vor III E 1 Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜG)	1647

Inhalt

	Seite
III E 1	Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen – SDÜ) 1648
	Titel I. Begriffsbestimmungen (Art. 1) 1650
	Titel III. Polizei und Sicherheit 1651
	Vorbemerkungen 1651
	Kapitel 1. Polizeiliche Zusammenarbeit (Art. 39–47) 1651
	Kapitel 2. Rechtshilfe in Strafsachen (Art. 48–53) 1663
	Exkurs: Vor Art. 54–58 SDÜ Verbot der mehrfachen Strafverfolgung – Kompetenzkonflikte – Verfahrenstransfer 1667
	Kapitel 3. Verbot der Doppelbestrafung (Art. 54–58) 1672
	Kapitel 4. Auslieferung (Art. 59–66) 1693
	Kapitel 5. Übertragung der Vollstreckung von Strafurteilen (Art. 67–69) 1697
	Titel IV. Schengener Informationssystem (SIS) 1697
	Vorbemerkungen 1697
	Kapitel 1. Einrichtung eines Schengener Informationssystems (Art. 92–92 A) 1700
	Kapitel 2. Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems (Art. 93–101 B) 1701
	Kapitel 3. Datenschutz und Datensicherheit im Schengener Informationssystem (Art. 102–118) 1708
	Titel VI. Datenschutz (Art. 126–130) 1714
	Titel VIII. Schlussbestimmungen (Art. 134–142) 1715
	English text: Convention of 19 June 1990 Implementing the Schengen Agreement of 14 June 1985 between the Governments of the States of the Benelux Economic Union, the Federal Republic of Germany and the French Republic, on the Gradual Abolition of Checks at their Common Borders (CISA) 1717
III E 1 a	SCHWEIZ: Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands nebst Schlussakte (Schengen-AssoziierungsAbk CH) 1744
	Kurzübersicht 1744
	Literaturhinweise 1744
	Text (inklusive Anhänge und Erklärungen) 1745
III E 1 b	LIECHTENSTEIN: Protokoll vom 28. Februar 2008 zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zu dem Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (Schengen-AssoziierungsProt FL) 1751
III E 1 ba	Beschluss des Rates vom 9. Juni 2011 über die Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem im Fürstentum Liechtenstein 1757
III E 2	Beschluss 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität (TerrBekämpfungs-Beschluss) 1759
F. Rechtsschutz und Rechtskontrolle	
III F	Einführung 1774
III F 1	Regelungen betreffend das Eilverfahren 1777
XXVIII	

Inhalt

HAUPTTEIL IV		
Übereinkommen der Vereinten Nationen		Seite
IV	Einführung in den Hauptteil IV: Rechtshilfenvorschriften der Vereinten Nationen	1781
	Ratifikationstabellen zu HT IV A, IV C, IV D und IV E	1782
IV A	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (VN-Suchtstoff-Übk) – Excerpts/Auszüge –	1791
	Kurzübersicht	1791
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	1792
IV B	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-OrgKrim-Übk/UNTOC)	1813
	Kurzübersicht zu den UNTOC-Übereinkommen	1813
	Summary	1815
	Ratifikationstabellen zu HT IV B, IV B 1, IV B 2, IV B 3	1816
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1827
IV B 1	Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (1. ZP-UNTOC [Menschenhandel])	1865
	Kurzübersicht	1865
	Summary	1866
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1867
IV B 2	Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (2. ZP-UNTOC [Migrantenschmuggel]) ..	1879
	Kurzübersicht	1879
	Summary	1880
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1881
IV B 3	Zusatzprotokoll vom 31. Mai 2001 gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (3. ZP-UNTOC [Feuerwaffen])	1897
	Kurzübersicht	1897
	Summary	1897
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1898
IV C	Internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 über die Finanzierung des Terrorismus (VN-TerrFinanzierungs-Übk)	1911
	Kurzübersicht	1911
	Summary	1911
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1912
IV D	Internationales Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (VN-NuklearTerr-Übk)	1929
	Kurzübersicht	1929
	Summary	1929
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1930
IV E	Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2003 gegen Korruption (VN-Antikorruptions-Übk/UNCAC) – Excerpts/Auszüge –	1947
	Kurzübersicht	1947
	Summary	1947
	Literaturhinweise	1948
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1948
IV F	Einführung in die Strafverfolgung der Hochseepiraterie	1983
	Summary	1989
	Literaturhinweise	1989
	Ratifikationstabellen zu HT IV F 1, IV F 2	1991
IV F 1	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (VN-Seerechts-Übk/UNCLOS) – Excerpts/Auszüge –	1997

Inhalt

	Seite
Kurzübersicht	1997
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	1997
IV F 2 Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (VN-Sicherheit Seeschifffahrt-Übk/SUA)	2018
Kurzübersicht	2018
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Erläuterungen	2018

HAUPTTEIL V

Texte weiterer wichtiger Rechtshilfeverträge

V Einführung in den Hauptteil V	2031
A. Auslieferungsverträge mit	
V A a AUSTRALIEN: Vertrag vom 14. April 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über die Auslieferung (AusIV D-Australien)	2032
English text: Treaty of 14 April 1987 between Australia and the Federal Republic of Germany concerning Extradition (Extradition Treaty Germany-Australia)	2037
V A b KANADA: Vertrag vom 11. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über die Auslieferung in der Fassung des Zusatzvertrages vom 13. Mai 2002 (AusIV D-Kanada)	2042
English text: Treaty between the Federal Republic of Germany and Canada concerning Extradition of 11 July 1977 as amended by the Supplementary Treaty of 13 May 2002 (Extradition Treaty Germany-Canada)	2049
V A c USA: Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in der Fassung der Zusatzverträge vom 21. Oktober 1986 und 18. April 2006 (AusIV D-USA)	2055
Einführung	2055
Text mit Erläuterungen	2056
English text: Treaty of 20 June 1978 between the United States of America and the Federal Republic of Germany concerning Extradition as amended by the Supplementary Treaties of 21 October 1986 and 18 April 2006 (Extradition Treaty Germany-USA)	2064
V A d INDIEN: Vertrag vom 27. Juni 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Auslieferung (AusIV Germany-Indien)	2071
English text: Treaty of 27 June 2001 between the Federal Republic of India and the Republic of India on Extradition (Extradition Treaty Germany-India)	2078
V A e HONGKONG: Abkommen vom 26. Mai 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die Überstellung flüchtiger Straftäter (ÜberstAbk D-Hongkong)	2085
English text: Agreement of 26 May 2006 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China for the Surrender of Fugitive Offenders (Surrender Agreement Germany-Hongkong)	2092
B. Rechtshilfeverträge mit	
V B a USA: Vertrag vom 14. Oktober 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung des Zusatzvertrages vom 18. April 2006 (RhV D-USA)	2099
Übersicht	2099
Text mit Erläuterungen	2099
English text: Treaty of 14 October 2003 between the Federal Republic of Germany and the United States of America on Mutual Legal As-	

XXX

Inhalt

	Seite
V B b	
assistance in Criminal Matters as amended by the Supplementary Treaty of 18 April 2006 (MLA Treaty Germany-US)	2111
Abkommen vom 1. Oktober 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität (DatenaustauschAbk D-USA)	2121
Vorbemerkung	2121
Text	2122
English text: Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the United States of America on enhancing cooperation in preventing and combating serious crime of 1 October 2008 (Data Exchange Agreement Germany-USA)	2128
Vor V B c	
KANADA: Gesetz zu dem Vertrag vom 13. Mai 2002 mit Kanada – Auszug –	2133
V B c	
KANADA: Rechtshilfevertrag mit Kanada vom 13. Mai 2002 (RhV D-Kanada)	2133
English text: Treaty of 13 May 2002 between Canada and the Federal Republic of Germany on Mutual Assistance in Criminal Matters (MLA Germany-Canada)	2139
V B d	
HONGKONG: Abkommen vom 26. Mai 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen (RhV D-Hongkong)	2144
English text: Agreement of 26 May 2006 between the Government of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China and the Government of the Federal Republic of Germany concerning Mutual Legal Assistance in Criminal Matters (MLA Agreement Germany-Hong Kong)	2150
C. Vollstreckungshilfevertrag mit	
V C	
THAILAND: Vertrag vom 26. Mai 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand über die Überstellung von Straftätern und über die Zusammenarbeit bei der Vollstreckung von Straurteilen (VollstrHV D-Thailand)	2155
D. NATO-Truppenstatut	
V D 1	
Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) – Excerpts/Auszüge	2158
Vorbemerkungen	2158
Weiterführende Literaturhinweise	2159
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung mit Rechtsprechungshinweisen	2159
V D 1 a	
Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951 hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (ZA-NATO-Truppenstatut) – Exc./Ausz. –	2168
V D 1 b	
Unterzeichnungsprotokoll vom 3. August 1959 zum Zusatzabkommen vom 3. August 1959 (UP-ZA-NATO-Truppenstatut) – Excerpts/Auszüge –	2180
V D 1 c	
Gesetz zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen – NATO-TS-G) – Auszug –	2184
E. OECD-Abkommen	
Vor V E	
Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (IntBestG) – Auszug –	2186
V E	
Konvention vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (OECD-Antibestechungs-Übk) – Excerpts/Auszüge –	2187
Literaturhinweise	2187
	XXXI

Inhalt

		Seite
	Vertragstabelle	2187
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	2188
HAUPTTEIL VI		
Internationale Strafgerichtsbarkeit		
VI	Einführung in den Hauptteil VI: Internationale Strafgerichtsbarkeit	2193
VI A	Jugoslawien-Strafgerichtshof (JStGH/ICTY)	2207
VI A 1	United Nations Security Council Resolution of 25 May 1993 S/RES/827 (1993)	2207
VI A 2	Statut des Jugoslawien-Strafgerichtshofes	2209
VI A 3	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien vom 10. April 1995 (JStGHG)	2219
	English translation: Law regulating Co-operation with the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia of 10 April 1995 (Yugoslavia Tribunal Law)	2232
VI B	Ruanda-Strafgerichtshof (RStGH/ICTR)	2234
VI B 1	United Nations Security Council Resolution of 8 November 1994 S/RES/955 (1994)	2234
VI B 2	Statut des Ruanda-Strafgerichtshofes	2236
VI B 3	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda vom 4. Mai 1998 (RStGHG)	2238
	English translation: Law Regulating Co-operation with the International Criminal Tribunal for Rwanda of 4 May 1998 (Rwanda Tribunal Law)	2242
VI BB	Residual Mechanism	2244
VI BB 1	United Nations Security Council Resolution of 22 December 2010 S/Res/1966 (2010)	2244
VI BB 2	Statute of the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals	2246
VI BB 3	Transitional Arrangements	2255
VI C	Internationaler Strafgerichtshof (IStGH/ICC)	2257
	Kurzübersicht	2257
	Literatur	2257
	Vertragstabelle IStGH-Statut	2259
VI C 1	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (IStGH/ICC) – Excerpts – English text –	2263
VI C 2	Rules of Procedure and Evidence of the ICC – Excerpts – English text –	2279
VI C 3	Regulations of the Court – Excerpts – English text –	2289
VI C 4	Einführung in die deutschsprachigen Zusammenarbeitsgesetze mit dem IStGH	2292
VI C 5	DEUTSCHLAND: Internationaler Strafgerichtshof-Gesetz vom 21. Juni 2002 (IStGHG)	2332
	English translation: Law on Co-operation with the International Criminal Court of 21 June 2002 (ICC Act)	2356
VI C 6	ÖSTERREICH: Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 13. August 2002 (ZuIStGHG)	2377
VI C 7a	SCHWEIZ: Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 22. Juni 2001 (ZISG)	2392
VI C 7b	Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Internationalen Gerichten zur Verfolgung schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts vom 21. Dezember 1995 (BZIG)	2406
VI C 8	LIECHTENSTEIN: Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Internationalen Gerichten vom 20. Oktober 2004 (ZIGG)	2414
	Kurzübersicht	2414
	Text	2414
HAUPTTEIL VII		
Rechtshilferecht Österreichs		
VII	Einführung in den Hauptteil VII	2433
VII A	Bundesgesetz vom 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz – ARHG)	2434
XXXII		

Inhalt

	Seite
Literaturhinweise	2434
Inhaltsverzeichnis	2436
Text mit Erläuterungen und Rechtsprechungshinweisen	2438
VII A 1 Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 30. April 1980 über den Auslieferungsverkehr und den zwischenstaatlichen Rechtshilfeverkehr in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfeverordnung – ARHV)	2542
VII B Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG)	2553
Literaturhinweise	2553
Inhaltsverzeichnis	2554
Text mit Gesetzesmaterialien und Rechtsprechungshinweisen	2556
VII C Bundesgesetz über die internationale polizeiliche Kooperation (Polizeikooperationsgesetz – PolKG)	2635
Inhaltsverzeichnis	2635
Text	2636
Anhang Rechtsquellen zum österreichischen Auslieferungs- und Rechtshilferecht	2642

HAUPTTEIL VIII Rechtshilferecht der Schweiz

VIII Einführung in den Hauptteil VIII	2645
VIII A Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz – IRSG)	2646
Inhaltsübersicht	2646
Literatur (Auswahl)	2649
Text mit Erläuterungen	2652
VIII A 1 Verordnung vom 24. Februar 1982 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfeverordnung – IRSV)	2692
Anhang Rechtsquellen zum Schweizer Auslieferungs- und Rechtshilferecht	2700

HAUPTTEIL IX Rechtshilferecht Liechtensteins

IX Einführung in den Hauptteil IX	2703
IX A Gesetz vom 15. September 2000 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz – RHG)	2704
Literaturhinweise	2704
Inhaltsverzeichnis	2704
Text mit Gesetzesmaterialien und Rechtsprechungshinweisen	2706
Anhang Rechtsquellen zum liechtensteinischen Auslieferungs- und Rechtshilferecht	2785

HAUPTTEIL X Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Rechtshilfe in Strafsachen

X Einführung in den Hauptteil X	2787
A. Menschenrechte: Vereinte Nationen	
X A 1 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (IPbPR) – Excerpts/Auszüge –	2790
Überblick	2790
Vertragstabelle	2793
Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung	2799
X A 1 a Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (FP-IPbPR) – Excerpts/Auszüge –	2807

Inhalt

	Seite
X A 1 b	Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe vom 15. Dezember 1989 (2. FP-IPbpr) – Excerpts/Auszüge – 2810
X A 2	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (VN-Antifolter-Übk) – Excerpts/Auszüge – 2812
B. Menschenrechte: Europarat	
X B 1	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (EuMRK) in der Fassung der Protokolle Nr. 11 [vom 11. Mai 1994] und Nr. 14 [vom 13. Mai 2004] – Excerpts/Auszüge – 2822
	Überblick 2822
	Vertragstabelle 2823
	Authentic engl. text/Deutsche Übersetzung 2825
X B 1 a	Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, über die Abschaffung der Todesstrafe (6. Prot.-EuMRK) – Excerpts/Auszüge – 2830
X B 1 b	Protokoll Nr. 7 vom 22. November 1984 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (7. Prot.-EuMRK) – Excerpts/Auszüge – 2833
X B 1 c	Protokoll Nr. 13 vom 3. Mai 2002 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen (13. Prot.-EuMRK) – Excerpts/Auszüge – 2838
X B 2	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 26. November 1987 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 2002 (EuFolterverhütungsÜbk) – Excerpts/Auszüge – 2841
C. Menschenrechte: Europäische Union	
X C	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2007 (EUGrCh) – Auszug – 2851
	Überblick 2851
	Literaturhinweise 2854
	Text 2854
	English text: The Charter of Fundamental Rights of the European Union of 7 December 2007 (CFREU) – Excerpt – 2857
Anhang	
Deutsches Bundesrecht	
<i>Auch in englischer Übersetzung – also in English translation:</i>	
Anhang 1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) – Auszüge/Excerpts – 2859
Anhang 2	Strafgesetzbuch (StGB) – Auszüge/Excerpts – 2880
Anhang 3	Strafprozeßordnung (StPO) – Auszüge/Excerpts – 2921
Anhang 4	Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) – Auszüge/Excerpts – 2940
<i>Nur in deutscher Sprache – in German only</i>	
Anhang 5	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz – BZRG) – Auszüge – 2947
Anhang 6	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) – Auszüge – 2950
Anhang 7	A. Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz – Auszug – B. Aufgabenübertragung an das Bundesamt für Justiz im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen 2963
Anhang 8	Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen [...] über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (Zuständigkeitsvereinbarung) 2965
XXXIV	

Inhalt

	Seite
Anhang 9 Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVAST)	2967
Anhang 10 Vorschriften über die internationale Fahndung nach den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) – Auszüge –	3007
Allgemeine internationale Regelungen über Auslegungen und Auskünfte	
Anhang 11 Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (Wiener VertragsRÜbk) – Excerpts/Auszüge –	3012
Konsularrecht	
Anhang 12 Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (WÜK) – Excerpts/Auszüge mit Anmerkungen zu Art. 36 –	3042
Anhang 13 Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) – Auszüge –	3060
Verzeichnis der Staatennamen	
Anhang 14 Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland	3065
Fundstellensynopse	
Anhang 15 Synoptisches Fundstellenverzeichnis rechtshilferechtlicher Entscheidungen Deutschlands	3075
Konventionenliste	
Anhang 16 Strafrechtsrelevante völkerrechtliche Verträge und Konventionen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft	3131
Internet-Verbindungen	
Anhang 17 Verzeichnis wichtiger Internet-Verbindungen für die Internationale Kooperation in Strafsachen	3194
I. Zum IRG	3194
II. Zu Übereinkommen des Europarates	3194
III. Zum Recht der Europäischen Union	3195
IV. Zu Übereinkommen der Vereinten Nationen	3196
V. Zu weiteren wichtigen Rechtshilfeverträgen	3196
VI. Zur internationalen Strafgerichtsbarkeit	3196
VII. Zum Rechtshilfe recht Österreichs	3197
VIII. Zum Rechtshilfe recht der Schweiz	3197
IX. Zum Rechtshilfe recht Liechtensteins	3198
X. Zur Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	3198
XI. Zum Anhang	3199
XII. Sonstige Internetadressen mit Bezug zum internationalen Rechtshilfeverkehr in Strafsachen	3199
XIII. Englische online-Wörterbücher (Dictionaries and Glossaries)	3199
Sachverzeichnis	3201
Nachwort	3243

beck-shop.de